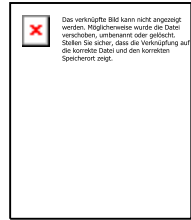


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANFRAGE

6-4158/20-KT

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

22.06.2020

Einreicher: Herr Abg. Andreas Teichert

Betr.: Ausnahmesituationen durch Familien zu bewältigen
- Sozialpsychiatrischer Dienst TF verweist auf Strategien
zum Umgang mit Quarantäne und Isolation

Sachverhalt:

Die wahre Krise findet hinter verschlossenen Wohnungstüren statt. Viele Eltern-Kind-Einrichtungen sind in der Corona-Krise geschlossen. Dabei wären sie gerade jetzt notwendiger denn je, denn in vielen Familien herrscht inzwischen Ausnahmezustand. Ein Sturm braut sich zusammen – mit dramatischen Folgen. Was wir gerade erleben, ist eine Kulmination der Krisen. Hier prallt beruflicher Stress bis hin zur nackten Existenzangst auf die Überforderung durch Kinder, die ohne Zugang zu Freunden, Spiel- und Sportstätten 24/7 betreut werden müssen. Ängste um die Gesundheit von sich und anderen, Planungsunsicherheit, schwelende partnerschaftliche Konflikte – das alles nagt am Nervenkostüm.

Beschränkungen in der Bewegungsfreiheit, gesperrte Kinderspielplätze, Home-Schooling, fehlende Unterstützung durch Lehrkräfte, schlimmer noch, die Lehrerschaft setzt Eltern und Schüler zusätzlich und fahrlässig unter Druck, bei nicht fristgerechter Aufgabenabgabe droht die Note 6, droht unter anderem ein Lehrer an einer Luckenwalder Oberschule. Mit jedem Tag steigt der Stresspegel und für keinem ist das Sichtbar. Da kommen noch HomeOffice neben dem Familienleben auf den Plan, finanzielle Einschränkungen, bis hin zur Sorge um den eigenen Arbeitsplatz (existenzielle Ängste), häusliche und soziale Isolation, oder im schlimmsten Fall eine durch das Gesundheitsamt angeordnete Quarantäne, wie sie derzeit 78 Personen im Landkreis (Stand 24.04.2020) einhalten müssen, das sind nur einige der zu benennenden Problemfelder. Dies alles zusammen führt zweifelsohne zu erheblichen sozialen und innerfamiliären Spannungen und ein daraus ableitendes konfliktgeladenes Miteinander, und ein Ende ist noch immer nicht abzusehen. Diese Umstände belastend Betroffenen und ganze Familien Übergebür und stellt unsere Gesellschaft insgesamt vor nie dagewesene und besondere Herausforderungen.

Der Landkreis bietet seit dem 01. April 2020 lediglich ein einfaches PDF-Dokument auf seiner Internetseite an. Im einleitenden Text verweist der Sozialpsychiatrische Dienst des

Landkreises lediglich auf eine bewährte Strategie zur Bewältigung von Ausnahmesituationen hinweist, welche noch nicht einmal der eigenen Feder entsprungen ist.

Diese PDF-Datei findet man nach Angaben des Landkreises besonders leicht und verständlich aufgearbeitet in einem Material, welches einem nur kurzen einleitenden Text und über einen Link zu finden ist.

Im Einleitungstext auf dem Internetauftritt wird unter anderem auf eine Quelle aus Österreich sowie der von der Goethe-Universität Frankfurt am Main verwiesen.

Weiter wird allein schon durch die Kreisverwaltung dieses Merkblatt differenziert betrachtet, so lautet es unter anderem auf der Internetseite,

Zitat:

"Das ist ein gutes Material, das sehr praktische Handlungsempfehlungen gibt und vielleicht ein wenig durch die Krise hilft"

Die Realität vieler Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Landkreis sieht dagegen ganz anders aus, und wird von vielen Sorgen getragen. Diesen Sorgen dürfte ein einfach eingestelltes Strategie-Merkblatt sicherlich nicht im Ansatz genügen. Vor allem gab es zuvor in der Geschichte unseres Landes eine solche Ausnahmesituation noch nie, so dass es fraglich erscheint, dass es sich bei dem Angebot des Landkreises hier um eine „bewährte“ Strategie handeln soll und kann.

Nimmt man alle diese Sorge und betrachtet sie in ihrer Gesamtheit ist es zudem unverständlich, wie die Kreisverwaltung mit den personellen Ressourcen in der Fachbehörde Jugendamt, Familienunterstützenden Hilfe / Sozialpsychiatrische Dienst dieser Tage umgeht. Denn obgleich zahlreiche Eltern nicht nur im Hinblick auf die noch ungewisse Zeit, den offenen Fragen zur Kitabetreuung und Schulöffnung erheblichen Druck ausgesetzt sind, entsendet sich der Sozialpsychiatrische Dienst ungefragt, und vor allem vom Gericht ungeladen die Freiheit heraus an Anhörungsterminen am Familiengericht wahrzunehmen, obgleich wie erwähnt keine offizielle (amtliche) Ladung durch das Familiengericht ergangen ist. Nach Auffassung des Fragestellers werden hier die Prioritäten falsch gesetzt.

Ergänzend, konnte festgestellt werden das in den ersten 16 Wochen des Jahres 2019 redie Polizei Berlin zum Beispiel knapp 3460 solcher Notrufe registrierte, im gleichen Zeitraum dieses Jahres waren es sodann schon 4100 Notrufe mit den Stichworten häusliche Gewalt. Besonders deutlich sei der Anstieg seit Mitte März dieses Jahres mit wöchentlich mehr als 300 solcher Anrufe. Vom 16. März bis 19. April rückten Polizisten zu 1580 Einsätzen wegen Gewaltverdachts in Familien aus. Das Ausmaß häuslicher Gewalt werde sich erst später zeigen. Betroffene Frauen hätten derzeit weniger Chancen, Hilfe zu rufen.

Insoweit ergeben sich daraus folgende Fragen an die Kreisverwaltung:

- 1) Wie viele Fällen von häuslicher Gewalt wurden (bitte aufgeschlüsselt, nach psychischer, und physischer, Handlungen gegen die sexuelle Selbstbestimmung, sowie aufgeschlüsselt seit dem 01. März 2020) von minderjährigen Kindern im Jugendamt für den gesamten Landkreis Teltow-Fläming festgestellt?
- 2) Wie viele Fälle (im Zeitraum vom 01.03.2020 bis zum 25.04.2020) wurden mit Blick auf häusliche Gewalt zwischen Ehepartnern, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften, sowie gleichgeschlechtlichen eingetragenen Lebenspartnerschaften dem Landkreis Teltow-Fläming bezogen auf den gesamten Landkreis bekannt.
- 3) Zu wie vielen über den Polizeinotruf 110 gemeldeten und tatsächlich abgearbeiteten Polizeieinsätzen wegen häuslicher ist seit dem 01. März 2020 im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum im Landkreis Teltow-Fläming gekommen.
- 4) In wie vielen Fällen seit dem 01. März 2020 musste das Jugendamt aufgrund von (bitte nach Fällen aufgeschlüsselt) physischer und psychischer Kindeswohlgefährdung von minderjährigen Kindern im gesamten Landkreis tätig werden.

- 5) In wie vielen Fällen mussten seit dem 01. März 2020 minderjährige Kinder wegen psychischer und physischer Gewalt aus den Familien genommen werden.
- 6) Wie viele Eltern, oder Alleinerziehende Elternteile haben sich seit dem 01. März 2020 mit Hilfesuchen ausgenommen der Fälle wegen „häuslicher Gewalt“ hilfesuchend an das Jugendamt Teltow-Fläming gewandt?
- 7) In wie vielen Fällen, nahm das Jugendamt Teltow-Fläming seit dem 01. März 2020 Hausbesuche in Familien im gesamten Landkreis wahr?
- 8) Wie beurteilt die Fachbehörde Jugendamt Teltow-Fläming die derzeitige Situation in Familien Kind*ern in Minderjährigkeit bezogen auf den vergleichbaren Vorjahreszeitraum, signifikant gestiegen?
- 9) Sieht die Kreisverwaltung das bisherige Unterstützungsangebot als ausreichend an, und wird das Angebot auch mit Blick auf die erweiterte Schulöffnung möglicherweise noch ausgeweitet?
- 10) Welche zusätzlichen Hilfeangebote bietet das Jugendamt Teltow-Fläming, neben einem Merkblatt mit Handlungsempfehlungen? (ausgenommen hiervon das Hilfeangebot des DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald e. V. vom 24.04.2020, da dieses Angebot nicht zu den originären Angeboten und Aufgabenfeldern des Jugendamt Teltow-Fläming zählt)
- 11) Sieht die Kreisverwaltung für sich Wege mit Blick auf die kommenden Wochen bis zu den Sommerferien im Juni 2020 auf eine sogenannte Schul-Notbetreuung besonders für Eltern und Alleinerziehenden in system-revanter Beschäftigung bei dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), hinzuwirken?

Luckenwalde, 25. April 2020

gez. Andreas Teichert
(parteiloser, fraktionsloser Kreistagsabgeordneter)